

Es gilt das gesprochene Wort!

**Sitzung des Kreistages Ahrweiler am 14.12.2018;
Grundsatzklärung des Vorsitzenden Landrat Dr. Pföhler zu TOP 2
„Zweite Stufe der Kommunal- und Verwaltungsreform
der Landesregierung Rheinland-Pfalz;
vorgeschlagene Fusion der beiden Landkreise Ahrweiler und Mayen-Koblenz“**

Meine Damen und Herren,

ich begrüße sehr, dass die CDU-Kreistagsfraktion das Thema „zweite Stufe der Kommunal- und Verwaltungsreform der Landesregierung Rheinland-Pfalz; vorgeschlagene Fusion der beiden Landkreise Ahrweiler und Mayen-Koblenz“ auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gesetzt hat. Denn wir stehen - darauf hat Innenminister Roger Lewentz zurecht hingewiesen - am Anfang eines politischen Prozesses. Auch die Gutachter weisen darauf hin, dass die Umsetzung ihrer Vorschläge jetzt eine „politische Entscheidung“ des Landes ist. Und genau deshalb müssen wir uns heute politisch klar positionieren. Denn beim Thema Gebietsreform schlagen die Gutachter eine Fusion der Kreise Ahrweiler und Mayen-Koblenz zu einem Großkreis mit 340.000 Einwohnern vor. Diese Größenordnungen sind nach Feststellungen der Gutachter sogar zu „präferieren“.

Wo stehen wir heute?

Der Start der zweiten Stufe der Kommunal- und Verwaltungsreform war alles andere als gelungen. Die Betroffenen auf der kommunalen Ebene - also die Bürgerinnen und Bürger der Landkreise, kreisfreien Städte und Kommunen - mussten scheinbar aus den Medien erfahren, welche Fusionspläne die vom Land beauftragten Gutachter für ein zukünftiges Rheinland-Pfalz vorschlagen. Am Freitag (30.11.2018) liest man von der Auflösung bzw. Einkreisung von sieben derzeit kreisfreien Städten, samstags (01.12.2018) erfährt man von den Fusionsplänen auf Kreisebene und montags (03.12.2018) wird über die Medien das Gedankenspiel der Zusammenlegung von Dörfern mit weniger als 300 Einwohnern publik. Erst am darauffolgenden Mittwoch (05.12.2018) hat die Landesregierung aufgrund von massivem politischen Druck seitens der CDU-Landtagsfraktion, der kommunalen Spitzenverbände, von Oberbürgermeistern, Landräten und Bürgermeistern die Gutachten auf dem Internetportal des Innenministeriums veröffentlicht.

Bereits am ersten Tag der Veröffentlichung in den Medien habe ich klar Stellung bezogen: Ich lehne eine Fusion der beiden Kreise Ahrweiler und Mayen-Koblenz entschieden ab!

Die Gründe, die gegen eine solche Fusion sprechen, liegen auf der Hand:

Durch eine Großfusion wird kein Geld produziert. Im Gegenteil: Durch eine Fusion ohne Not wären unabsehbare Mehrkosten und ein gravierender Verlust von heimatlicher Verbundenheit der Menschen mit ihrem Kreis die Folge. Großfusionen haben bislang noch nirgends zu nennenswerten Kosteneinsparungen geführt.

Personenbezogene Ausgaben wie z.B. im Bereich des Sozial- oder Jugendamtes, fallen unabhängig von der Gebietsgröße an. Wesentliche andere kommunale Aufgaben werden von der Einwohnerdichte und weniger von der Einwohnerzahl bestimmt. Hierzu gehören z.B. Straßenbau und ÖPNV. In diesen Bereichen sind Synergie- und Einspareffekte durch Fusionen von Landkreisen nicht erkennbar, da keine maßgeblichen finanziellen Änderungen bei diesen Aufgaben durch das Zusammenlegen von Gebieten eintreten.

Ich denke, wir können mit Fug und Recht sagen, dass der Kreis Ahrweiler in seiner jetzigen Struktur zu den starken Regionen mit hoher Lebensqualität gehört. Mit unserem Schulbauprogramm, der Ehrenamts- und Vereinsförderung sowie der Wirtschaftsförderung zählen wir zu den innovativsten Landkreisen in Rheinland-Pfalz. Die Arbeitslosigkeit liegt seit Jahren deutlich unter Landes- und Bundesdurchschnitt, die Zahl der betrieblichen Neugründungen deutlich darüber.

Bei den Kreisfinanzen stehen wir im Kreis Ahrweiler erheblich besser da als der Kreis Mayen-Koblenz. MYK hat allein 30 Mio. Euro Liquiditätskredite - wir überhaupt keine. Letztlich müssten also unsere Bürgerinnen und Bürger bei einer Fusion die Schulden des Nachbarkreises mitbezahlen.

Ein weiterer maßgeblicher Aspekt, der gegen eine solche Fusion spricht, ist der unweigerliche Verlust an Bürgernähe. Die vorgeschlagene Zusammenlegung würde eindeutig unser Bestreben, Verwaltung bürgerfreundlich und serviceorientiert aufzustellen, ad absurdum führen. Die bestehenden Außenstellen der Kfz-Zulassung in Sinzig, Niederzissen und Adenau und die Außenstelle des Kreisbauamtes in Niederzissen zeigen, dass die Kreisverwaltung Ahrweiler zum Bürger kommen muss und will.

Eine 180-Grad-Wende hin zum Großkreis mit weiteren Wegen und verstärkter Zentralisierung wäre ein völlig unverständlicher Schritt in die genau entgegengesetzte Richtung. Fahrten zu einer möglichen Kreisverwaltung in Koblenz mit teilweise weit über 60 Minuten Fahrzeit können und wollen wir unseren Bürgerinnen und Bürgern nicht zumuten, meine Damen und Herren.

Unzumutbar wären diese Anfahrtswege natürlich auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Verwaltung. Die meisten Beschäftigten und Beamten müssten einen enorm weiteren Weg zur Arbeit auf sich nehmen als bisher. Gerade für Teilzeitkräfte würde sich die Anfahrt kaum noch lohnen. Und das in Zeiten, in denen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie als wichtigeres Gut denn je angesehen wird.

Apropos wichtiges Gut: Ohne Frage muss darüber hinaus unbedingt verhindert werden, dass durch eine mögliche Fusion dieser Größenordnung die für unsere Region unverzichtbare Säule des Ehrenamtes ins Wanken gerät.

Sinkende Identität mit der auf der Landkarte künstlich kreierten Heimatregion lässt auch die Bereitschaft, sich ehrenamtlich zu engagieren, sinken. Wer sich nicht mehr in der Region zu Hause fühlt und wer den Landkreis nicht mehr als seinen Kreis empfindet, wird auch weniger freiwilliges und unbezahltes Engagement an den Tag legen. Und wo, meine Damen und Herren, wären wir ohne das Ehrenamt?

Das gilt auch für das politische Ehrenamt. Je größer das Kreisgebiet, desto weniger attraktiv stellt sich die Mitarbeit in einem kommunalen Gremium auf Kreisebene dar.

Fehlender örtlicher Bezug zu weiten Teilen des Kreises, höhere Fahrzeiten und steigender Arbeitsaufwand erschweren die Mitarbeit im Kreistag und seiner Ausschüsse. Ganz zu schweigen davon, dass weder die Kreisbeigeordneten noch die Kreistagsmitglieder durch die weiten Entfernungen ihre Funktion als Ansprechpartner vor Ort erfüllen können. Mit Bürgernähe, meine Damen und Herren, hat auch das nichts mehr zu tun.

Ein wichtiger Zukunftsaspekt ist die Digitalisierung, bei der wir als Kreis Ahrweiler eine Vorreiterrolle einnehmen. Allein im kommenden Jahr sehen wir hierfür 1,5 Mio. Euro vor. Damit können Verwaltungseffizienz und Bürgerfreundlichkeit gleichzeitig gestärkt werden, das heißt Wege werden für alle Beteiligten kürzer statt länger. Dies gilt insbesondere für unseren ländlich geprägten Kreis.

Nahezu völlig außer Acht lassen die Gutachter die Verflechtungen unseres Kreises in den Raum Bonn / Rhein-Sieg. Wir arbeiten in dieser Region seit Jahren erfolgreich zusammen und können in den vergangenen 27 Jahren seit dem Umzugsbeschluss der Hauptstadt von Bonn nach Berlin viele Erfolge vermelden. Das liegt vor allem daran, dass wir in der Region vieles gemeinsam und abgestimmt angegangen sind, z.B. im rak - dem Regionalen Arbeitskreis Entwicklung, Planung und Verkehr oder ganz aktuell das Forschungsprojekt NEILA.

Alle Akteure sind sich einig: Die Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler ist im Grunde längst ein zusammengehöriger Raum. Zudem pendeln rund 10.000 Menschen aus dem Kreis Ahrweiler täglich nach Bonn, über 50 % der Auspendler aus dem Kreis Ahrweiler fahren in das südliche NRW. Auch in Punkto Einkaufs- und Freizeitgestaltung nutzen die Menschen aus dem Kreis Ahrweiler die Angebote im angrenzenden Bundesland - und umgekehrt.

Das Gutachten zur Gebietsreform klammert diese Zusammengehörigkeit nahezu gänzlich aus, Pendlerströme werden lediglich innerhalb Rheinland-Pfalz betrachtet. Das ist eindeutig zu kurz gesprungen.

Meine Damen und Herren,

ich könnte die Argumente gegen die Großfusion endlos weiterführen, aber ich glaube, es ist deutlich geworden, worum es geht.

Wie ist die Position wichtiger Akteure in Mainz?

Der rheinlandpfälzische Landkreistag, der die Interessen von 24 Landkreisen bzw. Landräten vertritt, lehnt Zwangsfusionen kategorisch ab. Unser Vorsitzender, Landrat Günther Schartz, hat es plakativ auf den Punkt gebracht: „Zwangsfusionen sind Gift, insbesondere für die ländlichen Räume“ und „eine reine Landkartenreform ist der falsche Weg“.

Die CDU-Landtagsfraktion hat ebenfalls Zwangsfusionen eine deutliche Absage erteilt. Das ist für uns besonders wichtig, weil - worauf Innenminister Lewentz zurecht hingewiesen hat - am Ende die Entscheidungen über die Zweite Kommunalreform in einem Gesetzgebungsverfahren fallen. Auch unsere beiden CDU-Landtagsabgeordneten Guido Ernst und Horst Gies haben eine Großfusion unseres Kreises mit MYK abgelehnt.

Wie sind die politischen Positionen bei uns im Kreis?

Bereits im Vorfeld der KUA-Sitzung vom Montag dieser Woche haben CDU, FDP, FWG, SPD und Die Linke sich gegen eine Großfusion positioniert. Lediglich von Bündnis 90/Die Grünen war nur „beredtes Schweigen“ zu vernehmen.

In der KUA-Sitzung vom vergangenen Montag haben dann für den von CDU und SPD erarbeiteten Beschlussvorschlag neben den genannten die FDP und die FWG gestimmt. Lediglich Bündnis90/Die Grünen haben dagegen gestimmt. Mit der Begründung - so Wolfgang Schlagwein - „Es handelt sich ja lediglich um ein Gutachten“. Herr Schlagwein, hier muss ich widersprechen: In der Koalitionsvereinbarung der Regierungsparteien ist vereinbart, dass sich die „die 2. Stufe der KVR auf der Grundlage der Ergebnisse der in Auftrag gegebenen Gutachten“ anschließen wird. In diesem Prozess werden die betroffenen Kommunen - also der Kreistag - die kommunalen Spitzenverbände - also auch der Landkreistag - sowie die Bürgerinnen und Bürger einbezogen.

Mit anderen Worten Herr Schlagwein: Es geht jetzt nicht nur „bloß um Gutachten. Die Gutachten sind die Grundlage für den „politischen Startschuss“ der zweiten KVR und die Bürgerinnen und Bürger unseres Kreises haben nach meiner Auffassung einen Anspruch darauf, klipp und klar zu erfahren, wo Landrat und die einzelnen Kreistagsfraktionen stehen. Ich kann daher nur an Sie appellieren, dem vorliegendem Beschlussvortrag von CDU und SPD zuzustimmen. Wenn Sie gegen den Beschlussvorschlag sind, dann ist das selbstverständlich zu respektieren. Aber ich würde mich natürlich freuen, wenn Sie - wie Kollegen Ihrer Partei in MYK - sich gegen die Fusion und für unseren Beschlussvorschlag stark machen.

Die Landesregierung steht jetzt in der Pflicht, darzulegen, wie Sie mit den Gutachten jetzt weiter vorgeht. Sie muss gewissermaßen einen „Fahrplan“ für die weiteren Schritte im Rahmen der Kommunal- und Verwaltungsreform erstellen. Und deshalb lassen Sie mich noch zum Schluss auf einen wichtigen Aspekt unseres Beschlussvorschlages eingehen: In dem Beschlussvorschlag von CDU und SPD wird die Landesregierung aufgefordert, zeitnah klarzustellen, dass entsprechende Vorschläge der Gutachter nicht aufgegriffen werden. Das ist ein ganz wichtiger Aspekt. Die Betonung liegt auf dem Wort „zeitnah“, denn die Verunsicherung der Menschen im Kreis Ahrweiler aber in ganz Rheinland-Pfalz über die Vorschläge der Gutachter ist enorm. Und das es möglich ist, dass die Landesregierung zeitnah entscheidet, belegt die Klarstellung von Innenminister Lewentz, der bereits am gleichen Tag, als die Medien über die Vorschläge der Gutachter zu Zwangsfusionen der kreisfreien Städte klargestellt hat, dass - ich zitiere - „eine Aufgabe der Eigenständigkeit von Städten- und Ortsgemeinden ist mit der Landesregierung nur freiwillig zu machen“.

Und ganz aktuell eine sehr positive Stellungnahme von Frau Ministerpräsidentin Malu Dreyer zu dem Thema Großfusionen: „Wir sind ein kleines Land. Man kann sich gar nicht vorstellen, dass es zu Riesen-Landkreisen kommt“. Deshalb werden wir mit unserem heutigen Beschlussvorschlag Frau Ministerpräsidentin Dreyer und der Landesregierung klar den Rücken stärken, den von den Gutachtern vorgeschlagenen Großfusionen bei Landkreisen eine Absage zu erteilen.